

Anfrage Wahlprüfsteine **Landesjagdverband**

1. Jagdpolitik

Generell ist uns wichtig zu betonen, dass wir bei allen Entscheidungen zunächst die Verbände anhören und den Dialog in Anlehnung an den sogenannten Niedersächsischen Weg, wie wir es in der Landwirtschaft vorhaben, auch im Bereich der Jagdpolitik und der damit verbundenen Bereiche einschlagen wollen.

- Fordern eigenständiges Ministerium für Landwirtschaft, Wald- und Forstwirtschaft, Jagd und ländlichen Raum
 - ➔ Unterstützen Sie diese Forderung?
Wir prüfen die Einführung eines Ministeriums, in der die genannten Bereiche gebündelt sind, als eine von mehreren Optionen. Ob am Ende dieses Prozesses ein gesondertes Ministerium steht, wird von mehreren Faktoren abhängen.
 - ➔ Werden Sie, wenn Ihre Partei in Regierungsverantwortung kommt, dafür sorgen, dass das zuständige Jagdreferat von einer Jägerin oder einem Jäger geleitet wird?
Wir sind der Ansicht, dass Fachkenntnisse auf dem Gebiet notwendig sind und auch in dem Auswahlprozess mitberücksichtigt werden sollten.
 - ➔ Setzen Sie sich für die bewährte Beibehaltung der getrennten Rechtskreise Jagdrecht und Naturschutzrecht ein?
Wir planen keine Änderungen in diesem Bereich, zumal eine Trennung verfassungsrechtlich geboten ist.

2. Jagdgesetz

- Fordern Ermöglichung effektiver Jagd durch eigenverantwortliche Jagd Ausübung im Rahmen des bewährten Reviersystems
 - ➔ Werden Sie das bewährte Jagdgesetz sowie das Reviersystem auch in der nächsten Legislaturperiode erhalten und dafür sorgen, dass dies nicht zu Lasten von Jäger*Innen verändert wird?
Wir planen aktuelle, weder das Jagdgesetz, noch das Reviersystem grundlegend zu ändern.
 - ➔ Werden Sie dafür sorgen, dass die Bildung von Hegegemeinschaften gem. §10a BJagdG i.V.m. §9 HJagdG verankert bleibt und ein Austritt aus dieser gesetzlich untersagt wird?
Ja.
 - ➔ Werden Sie dafür sorgen, dass die Aufgaben der Hegegemeinschaften (§§21, 26, 26a, 26b, 27 und 30 HJagdG) erhalten bleiben?
Ja.
 - ➔ Werden Sie dafür sorgen, dass der verankerte Jagdschutz gem. §§29, 31, 32 HJagdG uneingeschränkt erhalten bleibt?
Ja.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die 20 hessischen Rotwildgebiete aufgelöst werden, damit das Rotwild wieder artgerecht wandern kann um genetische Diversität zu schützen?
Wir sehen durchaus die Problematik in Zusammenhang mit der fehlenden genetischen Diversität, die durch die Einführung der Rotwildgebiete entstanden ist. Maßnahmen zum Erhalt der Rotwildbestände in Hessen sind dennoch notwendig. Daher streben wir eine Evaluation der Situation an und werden daraus entsprechende Schlussfolgerungen ziehen, wie die genetische Diversität gewährleistet werden kann. Ob dafür eine Auflösung der Rotwildgebiete zwingend notwendig ist, ist heute nicht zu beantworten. Wir streben jedoch insgesamt einen Prozess an, bei dem die Jägerschaft mit eingebunden werden soll.
- Werden Sie sich für eine Überarbeitung der Schalenwildrichtlinie des HMUKLV einsetzen?
Wir werden die geltende Schalenwildrichtlinie einer Evaluation unterziehen und gegebenenfalls eine Überarbeitung vornehmen. Oberstes Ziel muss dabei eine Bestandsregulierung sein, die nachhaltig ist und die Waldverträglichkeit berücksichtigt.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass Jagdfläche von juristischen Personen nicht für befriedet erklärt werden können, damit kein Flickenteppich zwischen bejagbaren und nicht bejagbaren Flächen entsteht?
Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts können Jagdflächen von juristischen Personen nicht für befriedet erklärt werden. Dagegen steht natürlichen Personen offen, eine Befriedung zu beantragen. Aus unserer Sicht sind „Flickenteppiche“ zwischen bejagbaren und nicht-bejagbaren Flächen zu vermeiden und sollten die Ausnahme bleiben.

3. Jagdverordnung

- Fordern Ermöglichung der Schadensabwehr von Prädatoren im Rahmen der Prävention bezüglich der Afrikanischen Schweinepest und der Wildschadensminimierung
- Werden Sie Beschränkungen der Jagd durch die Hessische Landesjagdverordnung aus den Jahren 2015 und 2022 rückgängig machen?
Wir haben die Beschränkungen aus den Novellen der Landesjagdverordnungen der Jahre 2015 und 2022 scharf kritisiert. Insbesondere die geplanten Beschränkungen der Jagdzeiten von Feldhase und Rebhuhn. Der Kompromiss zwischen CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist mehr schlecht als recht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Regelungen der Jagdausübung in der kommenden Legislaturperiode einer eingehenden Prüfung unterzogen und gegebenenfalls angepasst werden sollen.
- Werden Sie sich einsetzen für die ganzjährige Bejagung der Füchse?
Ja.
- ...ebenso des Waschbären, Marderhunden, Mink und Nutria, die nach EU-Recht als invasive Arten einzudämmen sind?
Ja.
- Wiedereinführung von Jagdzeiten für alle Marder und Wiesel?
Ja.
- Wiedereinführung von Jagdzeiten für Türkentaube, Lach-, Sturm-, Silber-, Mantel- und Heringsmöwen?
Ja.
- Graugänse?
Ja.

- Werden Sie Erlass, der die Finanzierung von Maßnahmen des aktiven Prädatorenmanagements aus Mitteln des Naturschutzes in Schutzgebieten untersagt, aufheben?

Wir werden ein Gesamtsystem zum Prädatorenmanagement erstellen. In diesem Gesamtsystem wird auch zu prüfen sein, ob und wie die Finanzierung von Maßnahmen organisiert wird.

- Werden Sie Eigenverantwortung der Jäger*innen sowohl bei Bestandserfassung als auch bei der Bejagung in den Mittelpunkt stellen und dafür sorgen, dass die Besätze künftig ausschließlich von der Jägerschaft erhoben und gemeldet werden?

- In diesem Rahmen: Finanzielle Unterstützung des freiwilligen Wildmonitoring?

Ja.

- Werden Sie die Streichung einzelner Aufgabenübertragungen auf den Landesjagdverband Hessen rückgängig machen?

Der Landesjagdverband nimmt vielfältige Aufgaben wahr, deren Vielfältigkeit wir nicht einschränken wollen. Wir wollen in der neuen Legislaturperiode in einen gemeinsamen Dialog einsteigen, um eine etwaige Übertragung von Aufgaben zu erörtern.

4. Fördermittel aus Jagdabgabe

- Setzen Sie sich dafür ein, dass zweckgebundene Jagdabgabe, die von den Jäger*Innen zu leisten ist im Rahmen der Projektförderung zum überwiegenden Teil wieder unbürokratisch an den Landesjagdverband Hessen, die hessischen Jagdvereine und die Hegegemeinschaft zur Förderung des Jagdwesens ausgeschüttet wird?

Ja.

- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Jagdabgabe weder unmittelbar noch mittelbar zur Finanzierung der Wildforschungsstelle und des Artenschutzentrums eingesetzt werden?

Die Jagdabgabe darf nur zur Förderung jagdlicher Belange und zur Förderung der Jagdausübung verwendet werden.

- Erhalten Hoch- und Niederwildhegegemeinschaften wieder ohne Einzelnachweise eine pauschale Förderung?

Ja.

- Werden Sie die Prüfvereine zur Erlangung der Brauchbarkeit für Jagdhunde in Hessen wiedereinführen?

Ja.

- Werden Nachsuchgespanne eine unbürokratische Förderung erhalten und wird die Pauschale für gefahrene Kilometer mit dem privaten KFZ auf 0,35 Euro je Kilometer erhöht?

Ja.

- Erhält der LJV Hessen statt eines Anhörungsrechts bei der Vergabe von Mitteln aus der Jagdabgabe ein Vetorecht?

Nein.

5. Afrikanische Schweinepest

- Setzen wir uns vor dem Hintergrund der Prävention der ASP dafür ein, dass Gebühren für Trichinenproben wegfallen?

Ja.

- ...erlegte Frischlinge durch staatliches Programm angekauft werden?
Ja.
- ...ein Haftungsausschluss für die Jägerschaft erfolgt, die tot aufgefundene Wildschweine beproben?
Dieses Ansinnen liegt aufgrund der Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch in der alleinigen Verantwortung des Bundesgesetzgebers.
-die ganzjährige Schwarzwildjagd auch auf Flächen des Landesbetriebes Hessen und in Naturschutzgebieten erfolgt?
Ja.
- ...keine Gebühren für die Beschilderung bei Drückjagden erhoben werden?
Dies hängt von den geltenden rechtlichen Bestimmungen ab.
- ...die Vermarktung von erlegtem Schwarzwild hessenweit durch klare Vorgaben erfolgen kann?
Ja.

6. Steuern

- Setzen Sie sich für die Abschaffung der Jagdsteuer hessenweit ein?
Die Erhebung bzw. Festsetzung der Jagdsteuer liegt in der Eigenverantwortung der Landkreise. Wir wollen und können nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen.
- ...für die Abschaffung der Steuer auf Jagdgebrauchshunde
Die Erhebung bzw. Festsetzung der Jagdsteuer liegt in der Eigenverantwortung der Kommunen. Wir wollen und können nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen.

7. Arten- und Naturschutz

- Setzen Sie sich dafür ein, dass in Hessen unabhängige Wildforschungsinstitute statt der an das grüne Umweltministerium angegliederten Wildforschungsstelle die Untersuchungen rund um die jagbaren Wildarten übernehmen?
Wir schätzen die wertvolle Arbeit der unabhängigen Wildforschungsinstitute. Wir halten die Wildforschungsstelle für eine fachliche Unterstützung der Jagdbehörden notwendig auch bei der Weitergabe der Erkenntnisse aus der Wildbiologie. Über eine etwaige Verlagerung der Aufgaben
- Setzen Sie sich für Lebensraumkorridore (z.B. Grünbrücken) ein?
Ja.

8. Wolf

- Wird der Wolf jagbare Tierart nach Vorbild Niedersachsens?
Der Wolf wurde zwar ins niedersächsische Jagdrecht aufgenommen, jedoch gilt zum einen eine ganzjährige Schonzeit und eine Entnahme darf nur dann erfolgen, wenn es sich um Wölfe handelt, die wiederholt hohe Zäune überwinden und Tiere reißen. Diese Möglichkeit besteht

aktuell schon. Eine Aufnahme ins Jagdrecht hat somit faktisch keinerlei Auswirkungen. Wir streben jedoch eine bessere und einfachere Entschädigung von Weidetierhalterinnen und Weidetierhalter bei Wolfsrissen an. Zudem muss es eine bessere Unterstützung beim Herdenschutz geben. Dringender Handlungsbedarf besteht im Bereich des Wolfsmanagements. Wir wollen ein Ansiedlungsmanagement betreiben, anstatt bloßes Monitoring.

- Ermöglichung der Entnahme nach Vorbild Schweden?
Nein.
- Entnahme auch von auffälligen Wölfen?
Diese Möglichkeit besteht jetzt schon.
- Soll Identität von Menschen, die mit der Entnahme von Wölfen beauftragt werden sicher geschützt werden?
Ja.
- Darf Gefahr für Jagdgebrauchshund durch Wolf notfalls auch mit Schusswaffe gelöst werden?
Ja.

9. Agrarpolitik

- Welche Weichenstellung halten Sie für nötig, um weiterer Abnahme von bedrohten Arten der Feldflur vorzubeugen?
Wir wollen Landwirtschaft in die Lage versetzen, in ökologisch verträglichen Stoffkreisläufen innerhalb der Grenzen der natürlichen Ressourcen leistungsfähig auf hohem Niveau sichere und gesunde Lebensmittel zu produzieren. Wir wollen, dass auf der gesamten Landwirtschaftsfläche nachhaltiger gewirtschaftet wird. Die notwendigen Förderprogramme wollen wir vereinfachen und entbürokratisieren. Aber wir unterstützen auch weiterhin die Umstellung von Betrieben zum ökologischen Landbau. Unser erklärtes Ziel ist es, die Kulturpflanzenvielfalt durch die Erweiterung der Fruchtfolgen sowie die Artenvielfalt durch gezielte Vernetzung der Biotope in der Fläche zu erhöhen. Wir fördern Humusaufbau und humusmehrende Fruchtfolgen, um die Fruchtbarkeit und eine lebendige Bodenstruktur langfristig zu stabilisieren, CO₂ zu binden und Wasser zu speichern. Wir schützen Böden und Wasser durch Maßnahmen zur weiteren Reduzierung von Stickstoffüberschüssen und Pflanzenschutzmitteln. Nur die gezielte, sparsame Anwendung entsprechender Mittel wird die Belastung unseres Grundwassers und Oberflächenwassers verhindern.

10. Waffenrecht

- Setzen Sie sich für eine Beibehaltung des bestehenden Waffenerwerbs- und –besitzrechts ein?
Unser Ziel ist es das Waffenrecht weiter anzupassen und die Kontrollmöglichkeiten effektiver auszugestalten. Zudem verbessern wir die kriminalstatistische Erfassung von Straftaten mit Schusswaffen sowie den Informationsfluss zwischen den Behörden. Bei Gegenständen, für die ein Kleiner Waffenschein erforderlich ist, soll dieser künftig auch beim Erwerb vorgelegt werden müssen.
- Wird Ihre Partei eine Verschärfung des Waffenrechts auch auf Bundesebene ablehnen?
Nein, siehe Antwort auf vorangegangene Frage.
- Keine Gebührenbelastung mehr für Waffenaufbewahrung?
In dieser Frage sind nach aktuellem Kenntnisstand keine Änderungen geplant.